



Interviews

Nach dem ECOWAS-Treffen zu Niger

Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze, SPD, im Gespräch mit Sandra Schulz

11.08.2023, 07:15 Uhr

Schulz: Svenja Schulze von der SPD, Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und auch Vorsitzende des Geberzusammenschlusses Sahel-Allianz, schönen guten Morgen.

Schulze: Ja, guten Morgen.

Schulz: Der Putsch Ende Juli, der war natürlich ein ganz schwerer Rückschlag generell für die Entwicklungszusammenarbeit. Jetzt, nach dem Treffen von gestern, welche Perspektive sehen Sie da?

Schulze: Na, erst mal bin ich sehr froh, dass das Treffen gestern friedliche Lösungen weiterhin in den Mittelpunkt gestellt hat. Das ist ganz wichtig für die Region, denn das ist eine sehr, sehr arme Region. Da herrscht Hunger. Und man merkt ja, welche Auswirkungen die Sanktionen jetzt dort für die Menschen haben. Von einem Tag auf den anderen ist der Weizenpreis um 30 Prozent gestiegen. Reis ist 50 Prozent teurer geworden. Die Stromversorgung ist unterbrochen. Es kann nichts mehr in das Land hineinkommen. Also, diese Sanktionen haben starke Auswirkungen auf die Menschen. Und deswegen ist es gut, dass man jetzt versucht, friedliche Lösungen zu finden, das in den Mittelpunkt zu stellen. Darüber bin ich jedenfalls sehr erleichtert.

Schulz: Aber dass die Putschisten auf dem Verhandlungsweg dazu gebracht werden können, abzulassen, die Sache abzublasen, Wahlen anzuberaumen, wie groß sind Ihre Hoffnungen da?

Schulze: Na ja, bei diesem Putsch ist bisher noch niemand ums Leben gekommen. Also, das kennen wir von anderen Putschen auch anders. Und deswegen sehe ich immer noch eine Möglichkeit, dass es friedliche Lösungen gibt. Wenn der Druck wirklich groß genug ist, und das hat jetzt regional die ECOWAS wirklich vorangetrieben, da ist enormer Druck und das muss auch von allen international unterstützt werden. Ich habe alle Geber, also alle, die in den Ländern aktiv sind in der Sahel-Allianz, zusammengerufen. Und wir waren uns alle einig, dass wir diesen Druck auch aufrechterhalten wollen, dass wir ECOWAS, aber auch die afrikanische Union in ihren Bemühungen da unterstützen wollen.

Schulz: Sie haben es gerade gesagt, der Hunger ist ein großes Problem. Und das ist natürlich auch wieder die Verbindung zu Ihnen als Entwicklungsministerin. Die Hilfszahlen, die wurden nach dem Putsch ja schnell gestoppt. Und das in einer Zeit, in der in Niger jetzt aktuell Millionen von Ernährungsunsicherheit bedroht sind – so heißt es ein bisschen technisch – von Hunger bedroht sind. Werden da faktisch die Falschen bestraft?

Schulze: Nein. Also, was wir gemacht haben, ist alles auszusetzen, wo die Regierung unmittelbar an Geld kommt, denn wir wollen nicht die Putschisten jetzt mit Geld versorgen. Was wir weiter machen, ist die unmittelbare, humanitäre Hilfe vor Ort. Also, wir stoppen nicht die Essensausgabe für die Menschen dort vor Ort. Was wir gestoppt haben, ist alles, was längerfristig angelegt ist. Und das sind auch Dinge, die unbedingt notwendig sind. Also, die Landwirtschaft umzustellen, sich auf den Klimawandel einzustellen, Jobperspektiven für die vielen, vielen jungen Leute in der Region zu schaffen. Das ist eine Region, die ja sehr, sehr jung ist, sehr stark wächst gerade. Und die ganzen jungen Leute brauchen Jobs, die brauchen eine Perspektive. Das haben wir bisher in der Entwicklungszusammenarbeit gemacht. Kommunale Strukturen aufgebaut, damit einfach sich jemand um Wasserversorgung, um Krankenversorgung, um so was kümmert. Denn das machen die Terrorgruppen nicht. Die bauen keine Wasserleitungen. Ja?

Schulz: Richtig ist, dass Sie jetzt in der Vergangenheit sprechen, denn genau das ist ja alles gestoppt. Welche Hebel haben Sie denn dann jetzt?

Schulze: Na ja, was wir machen können und damit haben wir Erfahrung, leider, in der Region, ist regierungsfern arbeiten, also unmittelbar vor Ort, mit den Regionen, mit den Menschen vor Ort arbeiten, ohne dass das Geld direkt an die Regierung geht. Das ist etwas, was wir auch in Mali zum Beispiel machen, was wir in anderen Ländern der Sahel-Region machen. Aber besser wäre es natürlich für die Menschen in der Region, wenn es eine Rückkehr zur Demokratie gibt, wenn friedliche Lösungen gefunden werden, wenn die diplomatischen Bemühungen, die von ECOWAS und der afrikanischen Union ja laufen, wenn die wirklich erfolgreich sind und es eine Perspektive für die Menschen dort gibt. Das ist das, was, ich glaube, alle im Moment wollen, was wir auch von der Seite der Sahel-Allianz mitunterstützen und wo ich auch immer noch die Hoffnung habe, dass das funktioniert.

Schulz: Also, ich entnehme Ihren Worten, viel mehr, als im Moment ECOWAS, also die Nachbarstaaten, dort im Moment machen zu lassen, hat Europa, hat Deutschland da jetzt nicht auf dem Zettel?

Schulze: Na ja, das ist ja was, was wirklich ein Schritt nach vorne ist. Es werden Lösungen in der Region selber gefunden. Da sind die Nachbarstaaten aktiv. Da ist die Wirtschaftsallianz aktiv. Ich finde, das ist eine sehr gute Entwicklung, dass das regional selber gelöst wird, oder dass der Druck aufrechterhalten wird. Was wir tun können, ist, eben nicht die Putschisten unterstützen, dafür sorgen, dass die kein Geld bekommen. Das ist ein ganz, ganz wichtiger erster Schritt. Und weiter den Menschen dort vor Ort helfen mit dem, was an humanitärer Hilfe, also Essensausgaben, möglich ist. Für das Längerfristige, da muss es erst wieder eine andere Situation da im Land geben.

Schulz: Okay, ob Lösungen gefunden werden, so, wie Sie sich das erhoffen, das ist jetzt im Moment ja noch offen. Was klar ist, dass für Europa, für Frankreich, Deutschland es besonders heikel ist, sich einzumischen, einfach aufgrund ja auch der kolonialen Vergangenheit Frankreichs, aufgrund der Beobachtung, dass Vorbehalte da jetzt eben gegenüber den früheren Kolonialherren auch gewachsen sind. Der abgesetzte Präsident, der

galt ja aber faktisch als so eine Art Stadthalter von Macron. Hätte auch Europa da vielleicht Frankreich mehr auf die Finger schauen müssen?

Schulze: Na, erst mal ist die Lage da wirklich sehr differenziert. Das stimmt. Wenn man im Moment die Bilder sieht, dann hat man den Eindruck, dass die Demokratiefeinde, dass vor allen Dingen Russland sehr stark im Vordergrund steht. Aber wenn man mal ein bisschen genauer hinguckt, dann sind die Geber in der Sahel-Allianz – und das sind von der Weltbank USA, Frankreich, Großbritannien, Deutschland ist da sehr engagiert, sind wir ja sehr viele, 18 insgesamt. Wir sind diejenigen, die eigentlich das Leben der Menschen dort verbessern. Es gibt schon über 1.300 Projekte. Es sind fast 28 Milliarden Euro im letzten Jahr dort in Projekte investiert worden. Also, wir helfen schon sehr stark in der Region. Und das wird auch sehr anerkannt. Also, meine Rückmeldungen, wenn ich da unterwegs bin, sind, dass gerade die Zusammenarbeit mit Deutschland sehr, sehr geschätzt wird, und dass wir dort auch wirklich helfen können und was verändern können.

Schulze: Das kann sein. Aber faktisch ist ja der Vorwurf, dass auch Deutschland Frankreich zu sehr hat machen lassen. Und wenn Sie jetzt auch sagen, wir helfen - also, auch vor dem Putsch waren 80 Prozent der Menschen in dem Land von Elektrizität abgeschnitten, hatten keinen Zugang, also zur absoluten Basics. Also, ist das auch ein Versäumnis?

Schulze: Na, wir sind in der Region ja aktiv mit ganz, ganz vielen Gebern im Sahel, aber das ist eine der ärmsten Regionen der Welt. Wir kommen da Schritte voran, aber es dauert einfach. Es ist nichts, wo man mal eben einen Schalter umlegt und sagt, okay, dann hat die ganze Region ein Stromnetz, sondern es geht nur Schritt für Schritt voran. Und natürlich müssen auch alle Geber sich fragen, welche Fehler sie gemacht haben. Das müssen wir auch miteinander immer wieder diskutieren und immer wieder besser werden. Also, ich finde zum Beispiel ...

Schulze: Welche Fehler haben sie gemacht?

Schulze: Na, ich finde, dass wir stärker zusammenarbeiten müssen. Es reicht nicht, wenn jeder da seine Projekte macht, sondern es geht darum, Jobs zu schaffen, in der Landwirtschaft voranzukommen, soziale Sicherungssysteme aufzubauen, eine kommunale Struktur zu bilden. Und da müssen wir stärker zusammenarbeiten. Bei sozialen

Sicherungssystemen ist uns das jetzt schon gelungen. Da machen wir gemeinsame Projekte mit mehreren Gebern. Und das ist das, glaube ich, was noch uns viel stärker gelingen muss, das deutlich zu machen, dass wir da zusammenarbeiten und eben auch real die Situation für die Menschen dort vor Ort zu verbessern.

Schulz: Entwicklungsministerin Svenja Schulze, SPD, heute Morgen hier bei uns im Deutschlandfunk-Interview, danke schön.

Schulze: Ich danke auch.